

Themenübersicht Kommunale Klimaschutzpolitik

Bestandsaufnahme

- Einstieg: Was sagen die Ratsfraktionen (Internet-Auftritt, 06.08.16)
- Eckpunkte Städtisches Klimaschutzkonzept (InEKK)
- Entwicklung Energieverbrauch und CO₂-Emissionen

Bewertung

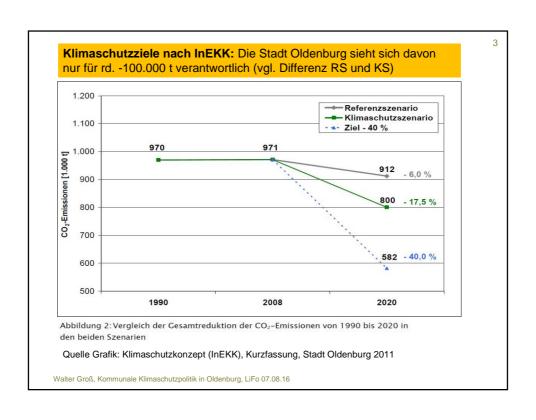
- Umsetzung InEKK-Maßnahmen (jährliche Arbeitsprogramme)
- · Ausblick Klimaschutzkonzept

Ausblick / Diskussion

Kommunale Handlungsmöglichkeiten
 (Mein Leitbild: Energie-Mobilität-Klima-Umwelt-Wende als integrales Konzept)

Verwendete Quellen:

Internet-Homepage Stadt Oldenburg, Stand Ende 07/2016: Klimaschutzkonzept, Energie- u. Klimaschutzberichte, Umweltausschussberichte, Statistikdaten



Oldenburger Ratsparteien, Internet-Homepage (06.08.16) zu Programmatik Energieverbrauch, Klimaschutz

CDU-Faktion

- · Keine Aussagen
- Keine Infos zur Kommunalwahl

FDP/WFO-Faktion

- Keine Aussagen
- Keine Infos zur Kommunalwahl

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

Gruppe Die Linke./Piratenpartei

- · Keine Infos zur Kommunalwahl
- Auszug Kommunalwahlprogramm 2011 (Pkt. 8):

"8 Mit uns - für eine Energiewende ohne Preistreiberei

Der Klimawandel und der nach wie vor steigende Verbrauch fossiler, nur begrenzt verfügbarer Brennstoffe erfordert eine grundlegende Energiewende. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind allerdings so zu gestalten, dass untere Einkommens-schichten nicht zusätzlich mit Kosten belastet werden. Eine Steuerung des Energie-verbrauchs allein über den Preis kann nicht funktionieren, weil so die notwendige Akzeptanz in allen Schichten der Bevölkerung nicht erzielt werden kann. Die Energiewende muss ökologisch und sozial zugleich sein. Bedingt durch seine Siedlungsstruktur mit vielen frei stehenden Einfamilienhäusern gehört Oldenburg zu den Städten mit einem unverhältnismäßig hohen Energieverbrauch. Dies erhöht die Verantwortung der Stadt, den Energieverbrauch wirksam einzuschränken. DIE LINKE setzt auf Energieeinsparung, Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger, nachhaltige Technologien sowie eine möglichst dezentrale Energiegewinnung und versorgung.

Für eine zukunftsgerechte Energiepolitik ist die Atomenergie völlig ungeeignet. DIE LINKE will den unverzüglichen Ausstieg aus der Atomenergie. Das Atomkraftwerk Unterweser in Esenshamm muss endgültig abgeschaltet bleiben.

(Fortsetzung nächste Folie)

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

1

5

6 Fortsetzung DIE LINKE.

DIE LINKE fordert ein kommunales Energiekonzept:

- Kommunale Gebäude, Schulen, Verwaltungsgebäude oder Sportanlagen sowie die Gebäude kommunaler Wohnungsbaugesellschaften sollen eine Vorreiterrolle bei Energiesparmaßnahmen spielen und für Photovoltaik-Anlagen genutzt werden. Die Entwicklung und der Bau von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung als Blockheizkraftwerke sowie Anlagen zur Nutzung der Erdwärme müssen unterstützt und gefördert werden. Die Nahwärmenutzung ist auszubauen. Gerade bei der Ausweisung von neuen Wohngebieten ist die Errichtung zugehöriger Blockheizkraftwerke von vornherein mit einzuplanen.
- Die Möglichkeiten der Energieeinsparungen sind noch lange nicht ausgeschöpft. Leitungsverluste, ungenügende Wärmedämmung, ineffektive Heizungssysteme müssen abgebaut werden.
- Aufnahme energetischer Standards bzgl. Wärmedämmung, effektive Heizungssysteme und Möglichkeiten alternativer Energienutzung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Allein eine baurechtliche Vorgabe, dass Dachflächen nach Süden auszurichten sind, würde hier effektive Möglichkeiten für Photovoltaikzellen und solare Wärmegewinnungsanlagen eröffnen.
- Schrittweise Umstellung der Straßenbeleuchtung auf energiesparende LED-Technik.* - Der Forschungsschwerpunkt für die Entwicklung alternativer Energien in Oldenburg ist weiterzuentwickeln.

Fortsetzung nächste Folie

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07,08,16

Fortsetzung DIE LINKE.

7

Einnahmen durch Energieeinsparungen in öffentlichen Gebäuden sind für weitere Energieeinsparungsmaßnahmen der Stadt einzusetzen. Das in Oldenburg schon seit Jahren praktizierte Modell des "Intracting" ist auszudehnen.

Konzepte, private Firmen durch Gelder aus Energieeinsparungen für Tätigkeiten in diesem Bereich zu beauftragen (Contracting), sind abzulehnen, weil diese Firmen sich erfahrungsgemäß nur die "Rosinen" aus dem Energieeinsparpotenzial herauspicken, um ihren Gewinn zu erhöhen.

Die Nutzung erneuerbarer Energien wie Wind- und Solarenergie, Sonnenkollektoren zur Warmwasser- und Stromgewinnung, Biomasse als Energieträger von Biogasanlagen oder Holzschnitzelkraftwerken soll dezentral, ökologisch verträglich und im Einklang mit den Belangen der Bevölkerung ausgebaut werden. Wer die Abhängigkeit der Kommunen von den großen Atomstromkonzernen vermindern will, darf auf solche Anlagen heute nicht mehr verzichten. In Oldenburg als dicht besiedeltem Siedlungsraum muss der Neubau von Windkraftanlagen wegen seiner begrenzten Flächen und der notwendigen Abstände zu Wohnhäusern und Erholungsgebieten (Bornhorster See) sowie der besonderen naturschutzrechtlichen Belange in der Umgebung der Bornhorster Wiesen allerdings sehr genau geprüft werden.

Spätestens seit der Kernschmelze in Fukushima ist klar: Atomkraft – Nein Danke. Die Atomenergie ist die gefährlichste und – wegen ihrer öffentlichen Förderung und ihrer Folgeprobleme - teuerste Energiequelle. Deshalb muss in der EWE eine Politik durchgesetzt werden, diese Form der Energiegewinnung konsequent abzubauen. Strom aus Atomenergie kann politisch ausgeschlossen werden, wie es zum Beispiel in der Landeshauptstadt Hannover gelungen ist. Fortsetzung nächste Folie

Fortsetzung DIE LINKE

Wir unterstützen die Initiativen gegen die gefährlichen Castor-Transporte, die auch durch Oldenburg fahren. Wir fordern auch, dass Katastrophenpläne veröffentlicht werden, um so die Bevölkerung über ihre Gefährdung durch diese Transporte zu informieren.

Die von dem Oldenburger Energieversorger EWE in den letzten Jahren erzwungenen Preiserhöhungen für Gas und Strom belasten Millionen Haushalte und die mittelständische Wirtschaft. Sie entziehen dem Binnenmarkt Kaufkraft und vernichten somit Arbeitsplätze. DIE LINKE will die Energiewirtschaft öffentlicher Kontrolle unterwerfen und die Strukturen der EWE demokratisieren, weil so am besten soziale und ökologische Ziele umgesetzt werden können.

Im Jahr 2013 läuft der bestehende Konzessionsvertrag der Stadt mit der EWE aus, durch den die EWE die Durchleitungsrechte für Gas oder Strom erhalten haben. Die damit verbundene Monopolstellung wurde in den letzten Jahren schamlos zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher ausgenutzt. Jetzt besteht für die Kommunen die einmalige Chance, nach der gesetzlich vorgeschriebenen Neuausschreibung der

Konzessionen die EWE zu einer Energiepolitik zu verpflichten, die auf erneuerbare Energien setzt und zugleich verbraucherfreundliche Tarife festlegt. Wenn die EWE diese Vorgaben nicht akzeptieren will, kommt auch die Gründung eigener Stadtwerke in Betracht.

Die EWE muss als öffentliches Regionalunternehmen günstige Tarife garantieren, anstatt als "global player" aufzutreten. Sie muss ihre Geschäftspolitik grundlegend ändern zu Gunsten einer preiswerten Bereitstellung von Energie für die Region und mit einer eindeutigen Orientierung auf erneuerbare Energien.

DIE EWE muss lernen, Gerichtsurteile zu akzeptieren. Was sie nach dem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes vom Juli 2010 wegen kundenbenachteiligender Geschäftsbedingungen zu viel kassiert hat, muss sie umgehend zurückzahlen, ohne hierfür auch noch Bedingungen zu formulieren "

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07,08,16

9

SPD

- Keine Infos zur Kommunalwahl
- 31.05.16: Stadt soll Anschaffung energieeffizienter Kühlgeräte Bezuschussen

"Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg spricht sich dafür aus, dass die Beschaffung energieeffizienter Kühlgeräte durch die Stadt finanziell unterstützt wird.

(...) Dieser Zuschuss soll für einkommensschwache Haushalte gewährt werden." (Antrag Sozialausschuss, 24.05.16;

darin Bezug zu InEKK und Ergänzung Caritas-Projekt)

Allgemeine Aussagen zu Erneuerbare und zu Anti-Atom;

DIE GRÜNEN

- Terminhinweis auf Kommunalwahl 2016

- Bilanz Wahlperiode 2011-2016:

"Das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept (InEKK)

Rund 100.000 Tonnen weniger Kohlendioxid als im Vergleichsjahr 1990 sollen 2020 in Oldenburg ausgestoßen werden.

Um das zu schaffen, wurde das von uns mit Nachdruck unterstützte InEKK mit seinen vielfältigen Maßnahmen in den Bereichen Energie und Verkehr ausgearbeitet.

Jährlich werden dafür Projekte weitergeführt, ausgebaut, verbessert und in einem sogenannten energiepolitischen Arbeitspapier erneut beschlossen.

Dazu gehören Förderprogramme und Beratungsleistungen sowie konkrete Maßnahmen wie der Einkauf von Ökostrom für die Straßenbeleuchtung oder der Ausbau des Radverkehrsnetzes.

Letztlich liegt es an der Mehrheit der Politik in den Haushaltsberatungen, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Dabei zeigt sich regelmäßig, wer es wirklich ernst mit dem Klimaschutz meint.

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07,08,16

11

Unter Themen, Bereich Umwelt:

ENERGIE UND UMWELT (aus dem Wahlprogramm 2011)

" (...) Auf kommunaler Ebene müssen wir passende Lösungen für eine umweltverträgliche und nachhaltige Energieversorgung finden. Dies verlangen nicht nur umweltschutzpolitische Notwendigkeiten, sondern genauso soziale und wirtschaftliche Belange."

"Wir fordern: Den Ausbau und die Aufwertung der Energieleitstelle zur zentralen Verwaltungseinheit für alle Energiefragen. (…)

Die Optimierung der Straßenbeleuchtung im Hinblick auf den Stromverbrauch.

Die Errichtung aller städtischen Neubauten im Passivhausstandard und die Sanierung von städtischem Baubestand und GSG-Wohnungen nach umweltpolitischen Gesichtspunkten. (Fortsetzung nächste Folie)

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

6

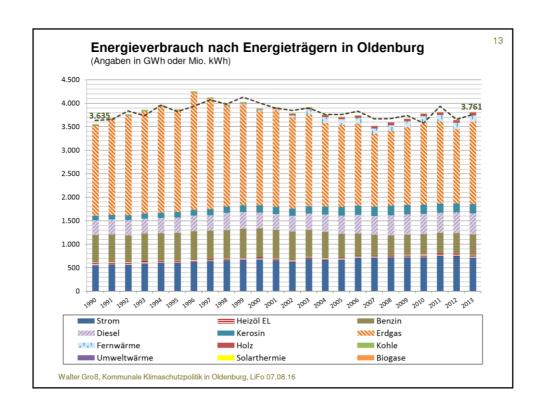
Fortsetzung DIE GRÜNEN (Wahlprogramm 2011):

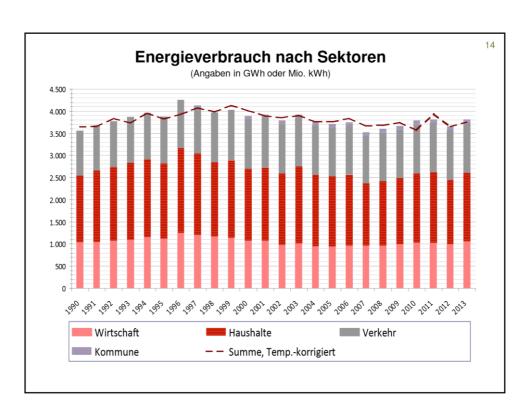
Eine Aufklärungs- und Informationskampagne zum Energiesparen durch Altbausanierung oder Teilmaßnahmen (...)

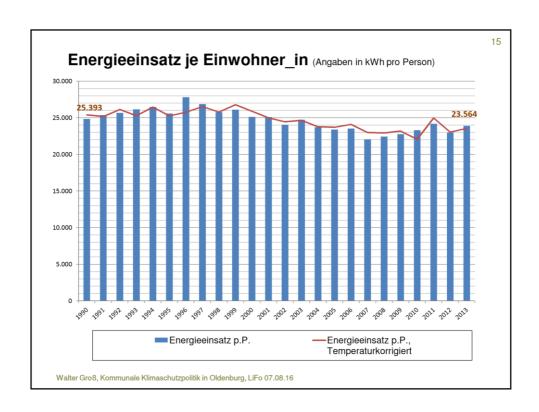
So bietet das von uns ideell wie auch durch Haushaltsmittel unterstützte Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept verschiedene Beratungsleistungen wie Beratung in einzelnen Stadtteilen oder eine professionelle Initialberatung für das Privathaus, die kurzund langfristig zu einer Reduktion des CO2-Ausstoßes in Oldenburg führen. Erst in der Umweltausschusssitzung im September wurde mit einer Studie im Rahmen einer Masterarbeit überprüft, welche Maßnahmen auf die Beratung vor Ort durch Energieberater folgen, sodass eine Anpassung von Förderprogrammen nun auf Grundlage von Daten in Angriff genommen werden kann.

Mehr Investitionen der EWE in regenerative Energien.

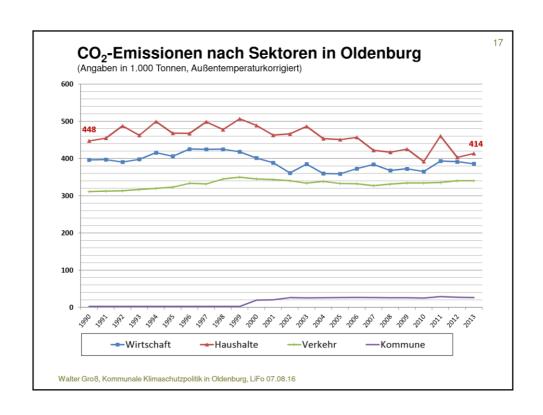
(...) Einen Solarpark auf dem Fliegerhorst mit integriertem Naturschutzgebiet. (...)"

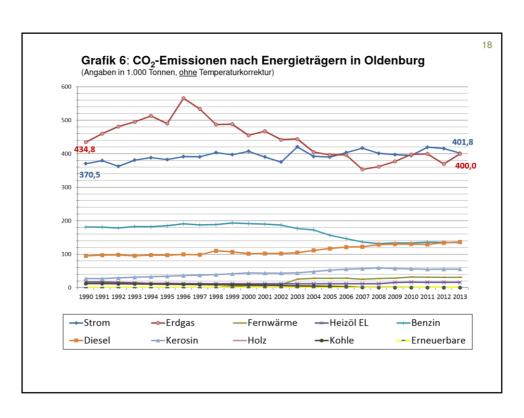


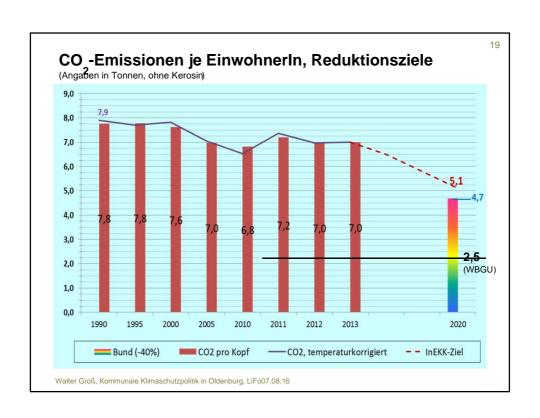




	GesamtStrom	Anteil BHKW	Anteil Erneuerbare	Anteil an Gesamt		
	GWh	GWh	GWh	%		
2003	683	36,9	0,6	5,5		
2008	721	11,7	3,8	2,1		
2010	728	20,5	8,0	3,9		
2011	750	18,7	10,4	3,9		
2012	714	14,8	29,8	6,2		
2013	694	10,1	36,6	6,7		
Stromanteile Bundesweit (2015):						





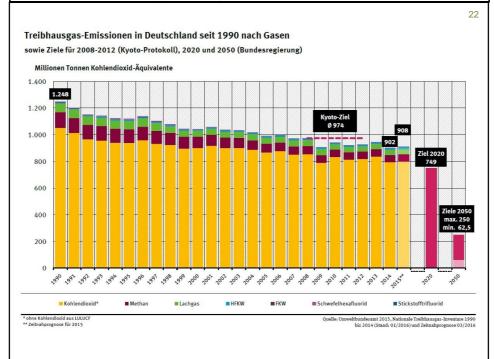


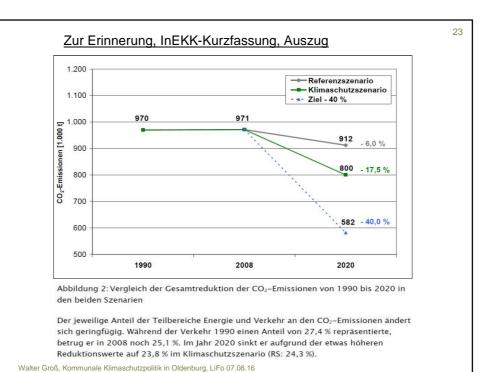
	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	KS-Ziel 2020*
Deutschland, mit Flugverkehr	12,3	10,7	10,1	9,8	9,4	9,3***	9,7***	9,8	
Oldenburg, mit Flugverkehr**	8,0	8,0	7,9	7,3	7,2	7,5	7,3	7,4	-
Oldenburg*, ohne Flugverkehr**	7,8	7,8	7,6	7,0	6,8	7,2	7,0	7,0	-
Oldenburg*, mit Temperaturkorrektur	7,9	7,7	7,8	7,0	6,5	7,4	7,0	7,0	5,1*

CO₂-Minderungsziele und Ergebnis 2013 (Angaben in 1.000 Tonnen oder kt)

Klimaschutzprogramme	Reduktionsziele ggü. 1990	Ergebnis 2013	
InEKK, 1990/2020	-26%: von 1.130 auf 842 kt (-288 kt) davon RS-Anteil:** 190 kt davon KS- Anteil**: 98 kt		
InEKK-EPAP 1-3* Prognostizierte CO ₂ - Wirksamkeit der Maßnahmen bis 2020 durch jährliche Klimaschutzmaßnahmen	EPAP 1 (2013): -52,3 Fotovoltaik: -9,5 EPAP 2 (2014): -21,9 EPAP 3 (2015): -7,7 Prognostizierte Summe: -91,4 kt	1.110 kt	
Bundesregierung, Ziel bis 2020	Minderung bundesweit: -40%: (für Oldenburg wäre dies Minderung von 452 kt) - Ziel: 678 kt		

*Hinweis: Das sogenannte EPAP-4 (2016) findet sich auf der Homepage der Stadt (hier als Anlage)





Ergebnisse aus Klimaschutzbericht 2015

(Auszug Bericht Umweltausschuss, 09/2015)

- Zunahme Energieverbrauch in 2013 ggü. Vorjahr um 4,5%, ggü. 1990 um 7,3%.
- Im selben Zeitraum Bevölkerungszuwachs der Stadt um 11,5%. Leicht rückläufiger Pro-Kopf-Energieverbrauch, in 2013 ggü. 1990 um 7% geringer.
- Absolute CO₂-Emissionen sind immer noch auf dem Niveau von 1990 – keine Klimaentlastung!

In 2013 ggü. Vorjahr leichter Anstieg und ggü. 1990 Zunahme um 3,5%.

Zunahme insbesondere im Sektor Haushalte.

- CO₂-Emissionen pro Kopf insbes. aus strukturellen Gründen bisher deutlich unter bundesweiten Niveau: In 2013 -24% geringer.
- Umsetzung InEKK-Maßnahmen in 2012 und 2013 begonnen. Hiervon ausgehende Minderungseffekte in Ergebnissen für 2013 nicht unmittelbar zuzuordnen.
- Emissionsminderungen werden durch Zunahmeeffekte überdeckt.
 Die Gesamtbilanz führt bislang nicht auf einen Reduktionspfad
- Zudem Überlagerung durch weitere energierelevante Einflussfaktoren, u.a. Zunahme an Einwohner/innen, Beschäftigten, Gebäuden, Wohnfläche, Haushalte, Abnahme Personen je Haushalt (HH-Größe nimmt ab), PKW–Verkehr.

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

26

"Hannover hat weitgehende kommunalpolitische Beschlusslagen und ist daher ein interessantes Beispiel, um zu zeigen, was unter den heutigen Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene maximal möglich ist.

Bei den Maßnahmen im eigenen Zuständigkeitsbereich sind wir auch erfolgreich: Seit dem Jahr 2000 24% mehr Nutzer des ÖPNVs, seit 2.000 27% weniger Heizenergiebedarf der städtischen Gebäude, bis 2020 gegenüber 1990 voraussichtlich 700.000 Tonnen weniger CO2 bei der Stromerzeugung unserer Stadtwerke.

Doch insbesondere durch mehr Autoverkehr und das Wirtschaftswachstum (dadurch keine Rückgänge bei Strom und Wärme in Industrie und Gewerbe) haben wir in Hannover seit 1990 insgesamt nur einen CO₂-Rückgang von 4,3%.

Zur Erreichung der klimapolitischen Ziele ist es zwingend erforderlich, die staatlichen und europäischen Rahmenbedingungen drastisch zu verschärfen."

Hans Mönninghoff, Amtierender Oberbürgermeister, Juni 2013 Dezernent für Umwelt und Wirtschaft, Landeshauptstadt Hannover

Aktuelle Oldenburger Trends (Auswahl)

- •Erdgasverbrauch nimmt ab
- •Anzahl gemeldeter PKW nimmt zu

(Treibstoffeinsatz stagniert

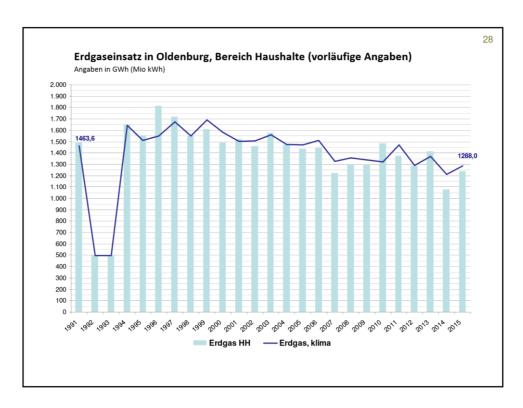
•Stromverbrauch nimmt zu

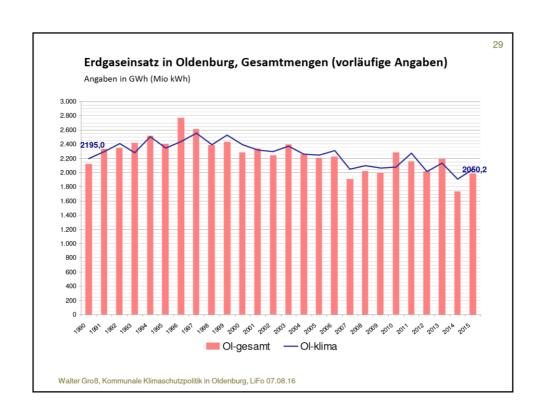
Foto: taz, 06/16

27

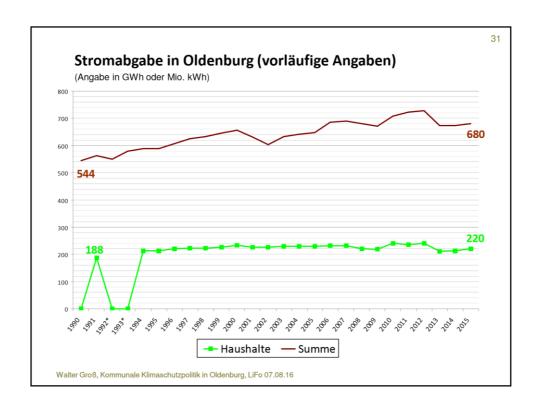
ein gerne bemühter Lösungsansatz: "Zurück zur *Natur*" (siehe Foto)

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16





30 1001 Fahrzeugbestand im Stadtgebiet 2008 - 2015 **Tabellenauszug** zugelassene Kfz 2008 2009 2010 2011 2013 2014 2012 Krafträder insgesamt 5.460 5.657 5.672 5.745 5.847 5.918 5.980 5.947 73.907 78.548 79.752 80.767 82.031 83.194 Pkw u. Kombi insgesamt** 75.615 77.152 darunter bis 1399 cm³ 23.863 24.886 25.899 26.782 27.608 28.331 29.035 29.753 1400 bis 1699 cm³ 15.773 14.735 14.938 15.306 16.201 1700 bis 1999 cm³ 23.766 23.923 23.853 23.730 23.550 1400 bis 1999 cm³ 38.501 38.861 39.159 39.503 39.751 39.858 40.296 40.600 2000 und mehr 11.522 11.868 12.076 12.236 12.357 12.543 12.658 12.789 mit Elektromotor 29 35 45 Quelle: Statist. Jahrbuch Stadt Oldenburg, Online-Ausgabe



Bewertung Klimaschutzkonzept und InEKK-Maßnahmen

- Mehrere Maßnahmen werden bzgl. Minderungseffekte nicht quantifiziert
- Einige Reduktionsmaßnahmen bieten nur **bilanzielle Effekte** ("Ökostrom", "Bio-Methan", Geschwindigkeitsbegrenzung Bundesautobahn Stadtgebiet)
- Abgrenzung zwischen RS- und KS-Maßnahmen teilw. unscharf (z.B. Windenergie- und Solar-Freiflächenanlagen)
- Reduktionseffekte umgesetzter Maßnahmen werden nicht näher untersucht
- Vernachlässigte Themen (z.B. Stromeinsparung; Mobilität/Verkehr: PKW-Lärm-Schadstoffe, ÖPNV-Ausbau (u.a. Tarifangebote);
 Klimaschutz-Fond mit Einbindung wichtiger Akteure und Stiftungen)
- zu viel Realismus-Perspektive, es fehlen ambitionierte u. neue Projekte
- Konzept wurde 2010 erstellt, es besteht **dringender** Ergänzungs- u. Aktualisierungsbedarf (z.B. ergänzende Maßnahmen, Kooperationspartner)
- Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

Anregungen, Fragen:

3

- Rot-Grün 2011: Mittelfristig Einrichtung Umweltdezernat (Umweltamt, ...) nichts erfolgt
- · Energetische Standards Bauleitplanung 2015 abgeschafft!
- · Klimaziele der kommun. Wirtschaftsförderung?
- Wohnraumförderung: Energetische Kosteneinsparungen berücksichtigen
 Verbände beteiligen (Kaufleute, IHK, EWE, ...) sich an einem Klima-Fond?
- EWE-Verband und -Aufsichtsrat: Welche Ziele verfolgt die Stadt?
- beratende Personen und Mitglieder in Gremien inhaltlich fordern
- Initiativen-Arbeit (ALSO, IBO, OLEGENO, KoBE, Klima-Allianz, ...)
- Fehlentwicklung Trinkwasser+Landwirtschaft mit Klimaschutz verknüpfen
- Fehlentwicklung Stadtverkehr u. Stärkung ÖPNV; keine VWG-"Bio-Methan"Förderung
- · Mitwirkung Lokalpolitik ausloten
- Finanzmittel (Klimaschutzfond, BürgerInnen-Contracting, ...)
- Zielgruppenspezifische F\u00f6rderprogramme
- ..